



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/142

Hannover, 22. November 48

Quo vadis, Marianne?

"Frankreich, das stets in der Vorhut des Fortschrittes marschiert, sollte sich jetzt hinter seinem Siege verstecken, mit mürrischen finsternen Augen und trüben Blicken?", rief Briand Oberst Fabry am 26. Februar 1926 in einer Sitzung der französischen Kammer zu. Diese Frage kann man den Politikern Frankreichs auch heute stellen.

Niemand ist sich darüber im unklaren, dass das Gesetz Nr. 75 die deutsch-französischen Beziehungen im Augenblick verschlechtert hat und dass auch das Verhältnis Frankreichs zu seinen engsten Alliierten einer starken Belastungsprobe ausgesetzt ist. Darüber hinaus liegt die Befürchtung nahe, die Franzosen könnten sich in ihrer ewigen Sorge um Sicherheit verleiten lassen, die Produktionskontrolle an der Ruhr zur Bedingung ihrer weiteren Billigung der Bonner Geschichtnisse zu machen.

An den Nerven der heute amtierenden französischen Staatsmänner zerran Thorez und de Gaulle. Unabhängig davon stimmen auch sämtliche anderen Parteien in der Ablehnung der englisch-amerikanischen Massnahme überein. Man ist empört, dass den Deutschen "wieder die Macht in die Hände gegeben werden soll", wobei die Tatsache einer Treuhänderschaft unter der Kontrolle der Alliierten leider nicht berücksichtigt wird.

Innenminister Moch weist den Kommunisten zur Zeit nach, wie weit die Kominform an den Streiks beteiligt ist. Ihr Nationalismus ist deshalb weniger zündend als der Chauvinismus de Gaulles. Der General hat erklärt, er hätte für Frankreich Unterpfänder, wie das Saargebiet, Rheinland-Pfalz, Süd-Baden und Süd-Württemberg erobert, obwohl es sich in diesen Fällen um einen Tausch mit den Amerikanern gehandelt hat. Für Frankreich sei es notwendig, sich dieser Unterpfänder zu versichern. Demnach sollte es nach Ansicht de Gaulles solange nicht zu einer Bundesregierung kommen, als die grundsätzlichen Forderungen Frankreichs nicht erfüllt würden. Dazu gehören die internationale Kontrolle der Ruhr, die Zerstückelung Deutschlands und das Wiederhalten seines Aufbauwillens. Nach seiner Meinung begehen die Westmächte dieselben Fehler wie vor dreissig Jahren, ausserdem ist er überzeugt, die französische Regierung habe kein

Rückgrat gezeigt, als die Londoner Beschlüsse gefasst wurden. Präsident Auriol äusserte sich gleichermassen anklagend und Parteiführer aller Schattierungen haben dieselben Ansichten.

Wie kommt es zu dieser bestürzenden, unbegreiflichen Einheitsfront? Was de Gaulle betrifft, so ist er in erster Linie ein Militär, den die von den Alliierten gering eingeschätzte militärische Kraft Frankreichs in tiefster Seele verletzt. Als zur Macht strebende Politiker wird ihm das Mittel des in Frankreich stets wachzuhaltenden Gloire-Patriotismus am nächsten liegen. Der französische Staatspräsident wird kaum etwas sagen, was ihn unpopulär machen könnte, im Übrigen mögen seine Ansichten seiner niemals bezweifelten Vaterlandsliebe entsprechen. Und die Parteien Frankreichs können es sich heute nicht leisten, seiner Meinung entgegenzutreten, die in ihrer ausgeprägtesten Form zugleich die meisten Anhänger hat.

Jedoch reicht das alles zur Erklärung nicht aus. Man muss wohl weiter annehmen, dass die Franzosen in ihrer eigenen misslichen Lage nichts anderes als eine Folge der nach ihrer Ansicht ungerechtfertigten Hilfe sehen, die den Deutschen gewährt wird. Frankreich hält es ausserdem heute schon für bewiesen, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands sich nur zum Nachteil Frankreichs auswirken kann. Europäischen Interessen vermag es nur zögernd zu folgen, wenn es glaubt, seine Sicherheit stehe auf dem Spiel. Die Auferstehung Europas aber sollte niemals eng begrenzten Gesichtspunkten untergeordnet werden, die mit den gleichen Begründungen wie vor 30 Jahren vorgebracht werden. Es ist auch völlig unlogisch, sich durch die vermeintliche künftige Gefahr eines Landes blenden zu lassen, das auf lange Jahre hinaus besetzt sein wird, das zur Zeit nur durch fremde Hilfe leben kann und das völlig entwaffnet ist - gleichzeitig aber die Bedrohung durch das zweitmächtigste Reich der Erde, dessen 5. Kolonne Frankreich in diesen Tagen an den Rand des Chaos brachte, zu ignorieren. Das aber tut man trotz dem Antikommunismus de Gaulles, wenn man das wichtigste Verfehl des Westens gegen den Osten schwächt und im radikalisierenden Elend lässt - Westdeutschland.

R.B.

Der Zustand Dr. Kurt Schumachers

sp. Das Befinden Dr. Kurt Schumachers hat sich in letzter Zeit erheblich gebessert. Durch sorgfältigste Pflege ist er wieder einigermaßen zu Kräften gekommen. Die Amputationswunde ist gut verheilt. Schumacher treibt Heilgymnastik, um die durch die lange Zeit der erzwungenen Ruhe erschlafte Muskulatur wieder zu festigen. Täglich hält er sich zweimal einige Zeit ausserhalb des Bettes auf. Er hat in diesen Tagen wieder mit der regelmässigen Erledigung auch der schriftlichen Arbeit begonnen.

Erfolglose Vereinte Nationen

Von unserem Pariser A.F.Korrespondenten

Im September, als die Vereinten Nationen in Paris zusammentraten, war das Palais Chaillot, erbaut an einer der schönsten Stellen von Paris, der Mittelpunkt der Weltaufmerksamkeit. Besucher aus allen Ländern drängten sich zu den Sitzungen und die Journalisten folgten eifrig den Beratungen. Heute, nach nicht ganz zwei Monaten, erscheint der Sitz der Generalversammlung der Vereinten Nationen beinahe wie eine abgelegene, weltferne Insel. Die Neugierde des Publikums kommt nicht mehr auf ihre Kosten, die Journalisten ziehen die Gänge und Kaffees des Palais Chaillot den Sitzungssälen vor.

Die Vereinten Nationen haben die Weltöffentlichkeit enttäuscht. Keines der vorliegenden Probleme wurde auch nur teilweise gelöst. Atomenergiekontrolle und Abrüstung scheitern an dem sich gegenseitig nährenden Mißtrauen, die Befriedung Griechenlands wurde dem gleichen Gegensatz geopfert wie die Rettung Berlins. Die Beratungen über Palästina, einschließlich der unzähligen, opportunistischen Vertagungen, vermitteln den unangenehmsten Eindruck. Man hätte annehmen sollen, daß die Vereinten Nationen bei der einzigen Frage, die nicht durch einen offenen Interessengegensatz zwischen Ost und West belastet ist, zu einer Einigung kommen. Während die Sowjetunion sich mehr oder weniger mit einer Zuschauerrolle begnügt, manövrieren die Amerikaner unschlüssig hin und her weil sie für die in ihrer Brust wohnenden zwei Seelen keine gemeinsamen Nenner finden: Rücksicht auf die jüdischen Wählergruppen in den Vereinigten Staaten und Sicherung der Erdölkonzessionen in den arabischen Ländern. Großbritannien vertritt ziemlich eindeutig den arabischen Standpunkt, während Frankreich trotz seiner beachtlichen Schwierigkeiten mit seinen arabischen Bevölkerungen in Nordafrika uneigennützig versucht, Dierer des Rechts zu sein, allerdings mit einer gewissen Voreingenommenheit für Israel.

Es wäre zu einfach, den Mißerfolg der Vereinten Nationen ausschließlich dem Ostblock zuzuschreiben. Gewiß, die russische Unnachgiebigkeit ist mehr als störend, aber auch die westlichen Großmächte haben sich nicht immer von ihren Vorurteilen befreit. Die automatischen Abstimmungsmehrheiten verstoßen gegen den gesunden Menschenverstand. Man glaube nicht, daß es sich immer um grundsätzliche Fragen handelt, um Frieden, Freiheit oder Gerechtigkeit. Oft entscheiden bei zweitrangigen oder technischen Lösungen Prestige und politische Bindungen über ein Ja oder ein Nein. In dieser geistigen Zwangsatmosphäre können die Vereinten Nationen nicht gedeihen.

Unabhängig von dieser unangenehmen Kritik sollen die positiven Seiten der Weltorganisation nicht übersehen werden. Die Aufrechterhaltung des Kontakts zwischen den Mächten ist immer wert-

voll, selbst wenn sich ihre Staatsmänner nicht einigen wollen oder können. Die ehrlichen Vermittlungsbemühungen in der Berliner Frage, die vielleicht doch noch in absehbarer Zukunft zu einem Erfolg führen werden, dürfen auch nicht vergessen werden. Am erfreulichsten ist schließlich das Erwachen der sogenannten kleinen Mächte, die die Gefahren der reinen Prestigepolitik der Großen erkannten und nun versuchen, durch ihren Zusammenschluß der unvoreingenommenen Vernunft sowie der internationalen Moral wieder zum Durchbruch zu verhelfen. Die Initiative ging von Australien aus, das z.B. unlängst den leider nicht berücksichtigten Vorschlag unterbreitete, Griechenland, Bulgarien, Albanien und Jugoslawien unter der Obhut der UN in Paris an einem Konferenztisch zusammenzubringen, um sie gemeinsam ihre Streitigkeiten regeln zu lassen. Australien steht nicht mehr allein. Es wird von der Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten unterstützt, ebenso wie durch den sich bildenden Block des Mittleren Ostens, der neben der arabischen Gruppe auch Griechenland, Türkei, Äthiopien und Burma umfaßt.

Voraussetzung eines Erfolges der Vereinten Nationen ist und bleibt die Anerkennung des Primates des Rechtes gegenüber den nationalen Interessen, deren Durchsetzung nur zu oft den elementarsten Grundsätzen internationaler Moral widerspricht. Mexiko hat durch seine einstimmig angenommene EntschlieÙung versucht, den Großmächten die Grundsätze dieser Moral wieder ins Gedächtnis zu rufen und ans Herz zu legen. Feierliche Erklärungen genügen aber nicht mehr, um der unruhigen Menschheit den Glauben an den Frieden zurückzugeben. Die Welt erwartet die Verständigung durch die Tat, sowohl vom Westen wie vom Osten.

Chinesische Mauer durch Berlin

W.B. Berlin, 22. November

Der lokale Teil der Berliner Krise hat das Stadium äußerster Verschärfung erreicht während die internationalen Aspekte noch einmal durch Kompromißversuche geprägt - (oder verschleiert?) - werden. Die neue Phase ist dadurch eingetreten, daß die russische Zentralkommandantur dazu überging, die bisher noch in der Spitze einheitlichen Zweige der Stadtverwaltung zu zerschlagen und den Ostsektor noch fester als bisher in die russische Zone einzubeziehen. Zur Kennzeichnung dieser Maßnahmen ist das Wort gefallen, es werde nunmehr zwischen der einen Million Berliner des Ostsektors und den gut zwei Millionen der Westsektoren eine chinesische Mauer errichtet.

Durch ein rechtswidriges Dekret hat die sowjetische Kommandantur in der vergangenen Woche die Absetzung der sozialdemokratischen Stadträte Ernst Reuter und Gustav Klingelhöfer befohlen. Der Befehl ist natürlich für die Westsektoren ungültig, hat aber eine

sektorenmäßige Zersplitterung der Abteilung Wirtschaft, Verkehr und Versorgung zur Folge, nachdem die einheitlichen Verwaltungen für Ernährung und Arbeit, die Polizei und die Post bereits während der vergangenen Monate aufgespalten worden waren. Auch gegen den Stadtkämmerer sind von russischer Seite Anschuldigungen erhoben worden, die zu seiner "Absetzung" führen dürften.

Weitere Stadien der Sektorentrennung kündigen sich an. Zur Zeit arbeitet man im Ostsektor daran, die Ausschaltung der Westsektoren aus dem Verkehrsnetz der sowjetisch kontrollierten S-Bahn vorzubereiten. Eine Neuregistrierung sämtlicher Berliner Autos ist angeordnet worden, um eine Beschlagnahme der Wagen begründen zu können, die kein Russenschild aufweisen. Ab 1. Dezember sollen für alle Bewohner der Ostzone und Berlins - die sowjetischen Befehle erstrecken sich jetzt immer auf die Bevölkerung der ganzen Stadt, wenngleich sie natürlich nur für die Bewohner des Ostsektors unmittelbare Wirkung haben - neue Personalausweise ausgestellt werden. Harte Strafen erwarten jeden, der ohne solchen Ausweis im russischen Machtbereich angetroffen wird.

Ungebeugt nehmen die Berliner diese Verschärfungen hin. Sie haben sich damit abfinden müssen, daß bei der Gas- und Elektrizitätsversorgung bereits im Sommer eine technische Trennung zwischen West und Ost erfolgte. Sollten die Kommunisten versuchen, nun auch die Wasserversorgung und die Verkehrsmittel nach Sektorengrenzen aufzuteilen, so wird die demokratische Stadtverwaltung solchen Maßnahmen zu begegnen wissen. Die technischen Voraussetzungen für den Schutz der primitivsten Lebensgrundlagen des Berliner Westens sind durchaus gegeben. Trotzdem darf man den Ernst der Lage nicht bagatellisieren. Das gilt insbesondere für die städtischen Finanzen, die durch das nicht von Deutschen hervorgerufene Währungschaos schwer betroffen wurden. Man darf ferner die Möglichkeit nicht ausschließen, daß alle aufgezählten Verschärfungen den Auftakt zu Gewaltmaßnahmen bilden können, durch die die Wahl vom 5. Dezember unmöglich gemacht werden soll. In diese Richtung weist u.a. der Plan, die hunderttausend westberliner Arbeiter, die im Ostsektor ihr tägliches Brot verdienen, am 5. Dezember in Zeichen der famosen Herneckebeziehung zwangsverpflichten und somit ihres Wahlrechts zu berauben. Auch dieser Drohung wird die Stirn geboten werden. Die Polizei stellt sich auf gewisse "Überraschungen" ein, mit denen die Kommunisten am 5. Dezember selbst aufwarten möchten.

Es ist jedem vernünftigen Menschen klar, daß die Berliner Krise auf internationaler Ebene gelöst werden muß. Die sehr unterschiedliche Sprache der russischen Vertreter in Paris und Berlin läßt eine rasche Lösung als nicht wahrscheinlich erscheinen. Die Berliner sind jedenfalls entschlossen, ihren einzig möglichen Beitrag zu einem positiven Ausgang der Krise weiterhin in Form von Festigkeit und Überzeugungstreue zu leisten.

Pieck blockademide?

sp. Über einen interessanten Briefwechsel zwischen den beiden Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, und dem russischen Militärbefehlshaber in Deutschland, Marschall Sokolowski, berichtet die "New York Herald Tribune". Dieser Brief sei Ende vergangenen Monats Marschall Sokolowski zugeleitet worden und sei außer von Pieck und Grotewohl von noch vier anderen maßgebenden, wenn auch untergeordneten deutschen Kommunisten unterzeichnet worden. Er sei, so schreibt das amerikanische Blatt, natürlich in Ton untertäniger Ergebenheit geschrieben gewesen, wie ihn die Kommunisten anzuwenden pflegen, wenn sie sich an ihre sowjetischen Meister wenden und habe vor Loyalitätsversicherungen gestotzt. Sein Inhalt aber, der der amerikanischen Regierung bekannt sei, habe bei Marschall Sokolowski und den Herrschern im Krenl tiefes Mißfallen erregt. In ihm hätten nämlich die deutschen Kommunisten um die Aufhebung der Blockade Berlins gebeten, die - so erklärten sie offen - die kommunistische Bewegung in Deutschland unterminiere, da sie die deutschen Massen zu Gegnern des "sozialistischen Vaterlandes und der Kommunistischen Partei Deutschlands" mache. Es werde immer schwieriger, die Disziplin innerhalb der Partei aufrecht zu erhalten und tagtäglich verliere die Partei ehedem loyale Anhänger. Sokolowskis Antwort, so schreibt "New York Herald Tribune" weiter, sei eindeutig gewesen. Pieck und Grotewohl seien vorgeladen und "angststirnigem Nationalismus" und der "Linien-Untreue" bezichtigt worden. Man habe sie zwar auf ihren Posten belassen, vielleicht weil ihre Entfernung unliebsame Protestaktionen heraufbeschworen hätte, zugleich habe man sie jedoch verwarnt, daß eine Wiederholung dieses Ungehorsams nicht geduldet werde. Um diese Warnung noch zu unterstreichen, seien die vier übrigen Unterzeichner des Briefes an Sokolowski ins Gefängnis geworfen worden.

(b/B.65/2211/2/hs)

Dänemarks erste Diplomatin

K.V. Während die Besetzung von Ministerposten in den drei skandinavischen Ländern mit Frauen nicht so selten ist - zur Zeit wird in Norwegen, Schweden und Dänemark je ein Ministerposten in den Regierungen von einer Frau bekleidet - sind bis heute noch keine weiblichen Diplomaten für diese Länder tätig gewesen. Zum ersten Mal soll dies nun von Dänemark aus geschehen. Frau Botel Begtrup ist als Gesandtin Dänemarks für Irland vorgesehen und ihre offizielle Ernennung dürfte in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Frau Begtrup, die Leiterin der dänischen Filmzensur ist, spielt eine bedeutende Rolle in der dänischen Frauenbewegung. Früher war sie Mitglied der dänischen Völkerbundsdelegation und ist nach dem Kriege verschiedentlich Mitglied der dänischen Delegationen für die UNO gewesen. Seit zwei Jahren war sie die Vorsitzende der Frauenkommission der Vereinten Nationen.

(b/A.114/2/hs)

- 7 -

Chargen für Titos Arbeiter

sp. Neuerdings ist auch in Jugoslawien die Einführung von Ehrentiteln für verdiente Land- und Industriearbeiter beschlossen worden. Für beide Kategorien kommen je fünf Titel zur Verleihung. Der Landerbeiter kann entweder den Titel "verdientvoller Landerbeiter", "verdientvoller Landerbeiter und Mitglied einer Genossenschaft", "Vorzüglicher Landerbeiter und Mitglied einer Genossenschaft der Volksrepublik", "Vorzüglicher Landerbeiter und Mitglied einer Genossenschaft der Bundes-Volksrepublik von Jugoslawien" oder schliesslich noch den Titel "Kämpfer für höhere Produktion" erhalten, wenn er sich durch die Anwendung neuer landwirtschaftlicher Arbeitsmethoden ausgezeichnet oder durch besondere Massnahmen eine quantitativ und qualitativ höhere Produktion erreicht. Bei den Industriearbeitern heisst der niedrigste Titel "Stoss-Arbeiter", dann kommt der "Führer der sozialistischen Arbeit", "Held der sozialistischen Arbeit der Volksrepublik" und zuletzt der "Held der sozialistischen Arbeit der Bundes-Volksrepublik von Jugoslawien" (m/B65/2/ho)

Die Kleinen verdienen mehr, die Grossen weniger.

R.H. Die schwedischen Einkommensziffern für 1947 zeigen ein weiteres Ansteigen der Durchschnittseinkommen auf 4.934 Kronen (1946: 4.584 Kr.). Die höheren Einkommensklassen gingen etwas zurück, während die Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkünften beachtlich aufholen konnten, wie nachstehende Gegenüberstellung veranschaulicht:

Einkommen unter 3.000 Kr.	1947: 35,6%	1946: 40,6%	- 5%
" 3000 - 5.000 "	" 27,8"	" 29,5"	- 1,7%
" 5000 - 10.000 "	" 29,7"	" 24,0%	plus 5,7%
" über 10.000 "	" 6,9%	" 5,9%	plus 1%

Von den insgesamt 3.240.000 Einkommensempfängern hatten 1947 nur 5.397 Einkünfte über 50.000 Kr. jährlich (1946: 6.289).

Die Unterschiede zwischen Stadt und Land sind sehr gross. Das durchschnittliche Jahreseinkommen auf dem Lande lag 1947 bei 3.953 Kr. (1946: 3.665 Kr.), in den Städten bei 6010 Kr (1946: 5.608 Kr.)

Verantwortlich: Peter Raunau